

Resolution



Fraktion Die Linke-DKP
c/o Werner Bischoff, Grabenstr. 8 -64354
Reinheim

An den
Vorsitzenden des Kreistages
Darmstadt – Dieburg
Herrn Prof.Lavies

Werner Bischoff, Grabenstr. 8
64354 Reinheim

Reinheim, Mai 2008

Resolutionsvorlage

Beschlussvorschlag:

Der Kreistag DA – DI fordert die Landesregierung auf, umgehend initiativ zu werden, damit die Bundesregierung die längst fälligen Maßnahmen ergreift, um die in der EU Richtlinie 96/71 entsprechende Schutzvorschriften gegen die Gefahr der Wettbewerbsverzerrung in Kraft zu setzen.

Begründung :

Mit dem Urteil des Europäischen Gerichtshofes vom 3. April 2008 zum Art. 49 EG „ Freier Dienstleistungsverkehr“ ist zu befürchten, dass landesspezifische Regelungen wie die in Hessen (HVgG) diesen vom EU Gericht formulierten Anspruch entgegenstehen. Dieser Entscheid des EuGH verleiht der Forderung nach allgemeinen Lohnuntergrenzen Nachdruck. Schutz vor Lohndumping kann nur eine Allgemeinverbindlichkeitserklärung nach dem Entsendegesetz oder ein flächendeckender Mindestlohn bieten. Ein Mindestlohn würde aufgrund seiner Allgemeingültigkeit nicht gegen EU Regeln für die Entsendung von Arbeitnehmern verstoßen. Der KT appelliert an den Gesetzgeber auf nationaler Ebene Mindestlöhne von 8,44 pro Stunde und Mindestarbeitsbedingungen für alle Branchen zu schaffen. Immerhin setzt sich die SPD in Landtagswahlkampf für Mindestlöhne ein. Ein solcher Wahlkampf wird dann zur Farce, wenn – wie in der Vorlage 1913 erklärt – das DA-DI Werk von Jan. bis März 2008 bereits 16 Vergaben nach Ausschreibungen erfolgten, wo eine Tarifbindung durch Einhaltung örtlicher Tarifverträge n i c h t als Vergabekriterium herangezogen wurde. Ein solcher Wahlkampf wird dann zur Farce, wenn die Kreisverwaltung ihre Verträge mit der Zeitarbeitsfirma Randstad so gestaltet, dass dort noch nicht einmal 7,50 € entlohnt wird. Diese Wahlkampf um einen Mindestlohn wird dann zu Farce, wenn Ausschreibungen in dem Eigenbetrieb Krankenhaus nicht auf Basis von 7,50 € erfolgen.

Wir bitten daher um Zustimmung zu unserer Resolution.

DIELINKE./DKP

Walter Busch Huebenbecker, Werner Bischoff

